

Megawahlen – Mikroresultate? Brasilien unter Lula II

Gilberto Calcagnotto

In der Stichwahl am 29. Oktober wurde der amtierende Staatspräsident Luiz Inácio Lula da Silva mit mehr als 60% der Stimmen wiedergewählt.

Analyse:

Wider erwarten waren die Präsidentschaftswahlen nicht im ersten Wahlgang entschieden worden. Gleichzeitig waren die knapp 126 Millionen wahlberechtigten Brasilianer aufgerufen, 27 Gouverneure der Bundesstaaten und des Bundesdistrikts, 513 Bundesabgeordnete, 27 von insgesamt 81 Senatoren und die Landtagsabgeordneten in allen 26 Bundesstaaten und im Bundesdistrikt zu wählen. Erstaunlicherweise brachten diese Megawahlen erheblich weniger Machtverschiebungen als von manchen erhofft und von vielen – hauptsächlich aufgrund einer seit Anfang 2004 nicht abreißen wollenden Kette von Korruptionsaffären – erwartet. Damit erhält Präsident Lula eine „zweite Chance“ für die von ihm vertretene „Kontinuität im Wandel“.

- Dem zur Wiederwahl angetretenen Präsidentschaftskandidaten Lula ist es in seinem Wahlkampf gelungen, die gegen ihn gerichteten Korruptionsvorwürfe von sich zu weisen und stattdessen eine „positive Agenda“ in den Vordergrund zu stellen.
- Dank seines persönlichen Charismas, seiner politischen Biographie und einer besonders von niedrigen Einkommensschichten als positiv empfundenen Regierungsbilanz konnte Lula seine programmatischen Grundlinien letzten Endes glaubwürdiger vertreten als sein Hauptkontrahent Geraldo Alckmin.
- Auch die Präsidentenpartei PT konnte teilweise wieder Boden gut machen. Nachdem fast alle Parteien in den Auseinandersetzungen um die Korruptionsaffären der letzten Jahre Federn lassen mussten, lassen sich nun wohl leichter gemeinsame Schnittmengen ausmachen.
- Lula erhält damit die Chance, ein Regierungsprogramm aufzustellen und in den kommenden Jahren zumindest einzelne Reformvorhaben voranzubringen. Auf der Agenda stehen insbesondere die Fortführung der Steuer- und Rentenreformen, aber auch Wahlrechts- und Parteienreformen.

Key words: Brasilien, Wahlen, Parlamente, Sozialpolitik, Reformen

1. Überraschende Wahlergebnisse, überraschend geringe Machtverschiebungen

Staatspräsident Luiz Inácio Lula da Silva wurde in der Stichwahl am 29.10.2006 mit einer überzeugenden absoluten Mehrheit wiedergewählt. Weitere zehn Gouverneure bestätigten auf Länderebene das bereits im ersten Wahlgang auf Bundesebene erzielte Kräfteverhältnis in den beiden Parlamentshäusern und in den Bundesstaaten: Letztlich gab es eine kaum merkliche Verschiebung nach Mitte-Links. Der Kampf um die politische Mitte bleibt damit eine entscheidende Komponente für die Regierbarkeit auf Bundes- sowie auf subnationaler Ebene.

Die Wahlergebnisse bestätigten erneut die in Brasilien als Binsenwahrheit zirkulierende Einsicht: „Wer in Brasilien politische Vorhersagen macht, der ist zumindest schlecht informiert“. Dies gilt zunächst für die Präsidentschaftswahlen: Bis zwei Wochen vor dem ersten Wahlgang waren sich alle Beobachter und die Meinungsforschungsinstitute des unmittelbaren Wahlsieges von Lula sicher. Doch mit 48,6% der gültigen Stimmen verpasste er knapp die erforderliche absolute Mehrheit gegenüber seinen sieben Kontrahenten aus den Lagern Mitte-Rechts (Alckmin, Rangel, Eymael und Bivar) oder Mitte-Links (Cristovam Buarque) bis Links (Heloisa Helena und Rui Costa Pimenta) (s. Tabelle 1).¹ Verantwortlich dafür war das so genannte „Dossiergate“, eine Affäre mit direkter Verwicklung enger Wahlkampfmitarbeiter Lulas, die nur zwei Wochen vor dem Wahltermin aufgedeckt wurde und Lulas Glaubwürdigkeit offensichtlich mehr als erwartet geschadet hat. Lulas Reaktion beschränkte sich auf die Entlassung der betroffenen Mitarbeiter. Auch seine Weigerung, zwei Tage vor dem Wahltermin an einer Fernsehdebatte mit den übrigen Präsidentschaftskandidaten teilzunehmen, wurde gemeinhin als weiterer entscheidender Grund für das knappe Verfehlen der absoluten Mehrheit im ersten Wahlgang gewertet.

In der zweiten Runde des Wahlkampfes überraschten beide Hauptkontrahenten durch eine unerwartet offensive Haltung, mit der sie sich gegenseitig der nachgewiesenen Unwilligkeit bei der Korruptionsbekämpfung (Thema Nr. 1 von Alckmin gegen Lula) oder einer einseitig die Eliten begünstigenden Programmatik (Thema Nr. 1 von Lula gegen Alckmin) bezichtigten. Schließlich

setzte sich Lula gegen den als neoliberal geltenden ehemaligen Gouverneur von São Paulo, Geraldo Alckmin (PSDB), mit 60,83% der gültigen Stimmen durch. Geschickt alternierte Lula Auftritte, in denen er zwischen armen Menschen und reicher Elite polarisierte, mit eher konzilianter Begegnungen mit Wirtschaftsvertretern zur Betonung der wirtschaftsfreundlichen Grundzüge seiner Regierungspolitik. So ist es nicht erstaunlich, dass die Zustimmung für Lula nach Feststellungen von Meinungsforschungsinstituten wie Datafolha auch bei den oberen Einkommenschichten (gemessen am Bevölkerungsanteil) überrepräsentiert ist.

Auch die Parlamentswahlen brachten auf Bundes- und Landesebene etliche Überraschungen mit sich. Die wichtigste war das Ausbleiben substanzieller Veränderungen im Kräfteverhältnis der Parteien, die wegen des Korruptionsskandals allgemein erwartet worden waren. Dies wird besonders deutlich, wenn man die Parteien in drei Blöcke unterteilt: die Koalitionsparteien (grau markiert), die ad-hoc-Koalitionsparteien (weißgrau markiert) und die Oppositionsparteien (ohne Markierung) (s. Tabelle 2).

Zwar erlitten die an den Korruptionsaffären besonders intensiv beteiligten Parteien PP, PL und PTB die höchsten Rückgänge, doch die als treibende Kraft des Skandals geltende PT konnte sich nach dem anfänglichen Rückschlag nicht nur stabilisieren, sondern sogar zwei Sitze im Parlament hinzugewinnen. Mehr noch: Zahlreiche der wegen des Verdachts von Stimmenkauf vom Ethikrat der Abgeordnetenkammer für einen Mandatsentzug durch das Parlament „freigegebenen“ Abgeordneten insbesondere der PT wurden mit hohen Stimmenzahlen wiedergewählt.

Um ein angemessenes Urteil über die Korruptionsempfindlichkeit im Wahlverhalten fällen zu können, muss jedoch auch berücksichtigt werden, dass nur zwölf der 62 Kongressmitglieder gewählt wurden, die wieder kandidiert hatten, obwohl sie zu den insgesamt 92 Parlamentariern zählen, die in die seit Mai 2005 bekannt gewordenen Korruptionsaffären verwickelt waren (vgl. diap.org.br/eleicoes/2006.asp, 24.10.2006). Für eine durchaus aktiv wirkende Korruptionsempfindlichkeit der Wähler spricht außerdem die Tatsache, dass die PT seit den letzten Wahlen für die Abgeordnetenkammer rund 2,1 Millionen Stimmen verlor und daher nur noch 83 Sitze statt der damaligen 91 errang.

Die stärkste Abstrafung der PT erfolgte im Bundesstaat São Paulo, auf den knapp die Hälfte

¹ Eine Auflösung aller Parteikürzel findet sich in Tabelle 2.

Tabelle 1: Ergebnis der Präsidentschaftswahlen: Erster Wahlgang (1.10.2006) und Stichwahl (29.10.2006)

Kandidat (Partei)	Erster Wahlgang		Stichwahl*	
	Stimmen	Anteil %	Stimmen	Anteil %
Luiz Inácio Lula da Silva (PT/PRB/PCdoB)	46.662.365	48,61	58.290.052	60,83
Geraldo Alckmin (PSDB/PFL)	39.968.369	41,64	37.541.594	39,17
Heloisa Helena (PSOL/PSTU/PCB)	6.575.393	6,85		
Cristovam Buarque (PDT)	2.538.844	2,64		
Ana Maria Rangel (PRP)	126.404	0,13		
José Maria Eymael (PSDC)	63.294	0,07		
Luciano Bivar (PSL)	62.064	0,06		
Rui Costa Pimenta (PCO)	0	0,00		
Insgesamt	95.996.733	100,00		

Quelle: Tribunal Superior Eleitoral (tse.gov.br/Divulga2006/load/1turno/brnacional), 25.10. und 30.10.2006, in: <http://eleicoes.folha.uol.com.br/folha/especial/2006/eleicoes/apuracao2.html>.

* Vorläufige Zahlen nach Auszählung von 99,99% der Wahlurnen.

der PT-Stimmenverluste entfällt. Die dortigen Einbußen sind mit einem Anstieg der Stimmzahl im Norden und Nordosten des Landes zwar nur teilweise kompensiert worden, lassen jedoch eine – für PT-Mitglieder durchaus willkommene – regionale Schwerpunktverlagerung erkennen.

Ein Überblick über die Machtverhältnisse im Bundesparlament ist jedoch ohne die Berücksichtigung der Gouverneurswahlen wenig aussagekräftig. Im brasilianischen Föderalsystem sind die Regierungschefs der Bundesstaaten mit großen Einflussmöglichkeiten auf jenes Territorium ausgestattet, dessen Grenzen mit denen der Wahlkreise der Bundesabgeordneten und Senatoren der Bundesstaaten zusammenfallen. Insoweit ist eine enge Kooperation zwischen dem Landesgouverneur und der Parlamentsfraktion des jeweiligen Bundesstaates in Brasília für die erfolgreiche Rückkopplung von Abgeordneten und Senatoren an ihre Machtbasis von entscheidender Bedeutung.

Auch bei den Gouverneurswahlen sind weitere Überraschungen festzustellen – allen voran die Niederlage des modern-konservativen „Magalhães-Clans“ in Bahia, dessen PFL-Kandidat ausgerechnet am PT-Bewerber Jacques Wagner scheiterte. Damit konnte die PT im ersten Wahlgang mit den beiden anderen wichtigsten Parteien PSDB und PMDB gleichziehen, auf die jeweils vier Gouverneursposten entfielen. In den fünf übrigen Bundesstaaten, die bereits im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit einen Gouverneur wählen konnten, gewannen die drei Mitte-Links-Parteien PPS (2 Bundesstaaten), PSB (1) und PDT (1) sowie die Mitte-Rechts-Partei PFL (1).

Die PSDB konnte sich in den beiden politisch herausragenden Bundesstaaten São Paulo und

Minas Gerais erneut durchsetzen. Damit ist die Bühne frei für einen spannenden Leistungswettbewerb zwischen zwei aussichtsreichen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen 2010: José Serra (der 2002 Lula unterlag) und Aécio Neves (ehemaliger Präsident der Abgeordnetenkammer und von allen Parteien sehr geschätzt). Beide werden von Lula – neben dessen Amtsvorgänger Fernando Henrique Cardoso – als wichtige Gesprächspartner innerhalb der Opposition angesehen.

In den übrigen zehn Bundesstaaten bestimmten die Wähler zwischen den beiden Erstplatzierten von PMDB (6 Bundesstaaten), PSDB (4), PT, PPS, PDT, PFL und PP (je 2) in der Stichwahl vom 29.10.2006 die neuen Gouverneure, wobei die halb oppositionell, halb kooperativ zur PT-Regierung stehende PMDB ihre Machtposition auf sieben Bundesstaaten ausweiten konnte. Damit wird Lula im regionalen Machtverhältnis mit der Unterstützung von 16 von 27 Gouverneuren rechnen können.

2. Der Wahlkampf

Lulas Wahlkampf stand – wie der aller Parteien – unter keinem guten Stern. Eine mindestens zweieinhalb Jahre währende politische Krise, restriktive Wahlrechtsänderungen, Politikverdrossenheit und ein erbitterter Machtkampf zwischen dem Regierungs- und Oppositionslager ließen den Kontrahenten aller Parteien und Ebenen kaum Chancen für eine programmatische Profilierung.

Die politische Krise stand maßgeblich im Zeichen von vier größeren Korruptionsskandalen, die alle direkt im innersten Machtkreis um Lula stattfanden, jedoch ohne dass ihm eine persön-

Tabelle 2: Brasilianische Parlamentswahlen und Mehrheitsverhältnisse 2002 und 2006*

Partei	Abgeordnetenhaus			Senat	
	Okt. 2002	Sept. 2006	Okt. 2006	Sept. 2006	Okt. 2006
1. PT - <i>Partido dos Trabalhadores</i> (Arbeiterpartei)	91	81	83	12	11
2. PSB – <i>Partido Socialista Brasileiro</i>	22	27	27	2	3
3. PL – <i>Partido Liberal</i> **	26	36	23	3	3
4. PTB – <i>Partido Trabalhista Brasileiro</i> (Brasil. Labour-Partei)	26	43	22	4	4
5. PCdoB – <i>Partido Comunista do Brasil</i>	12	12	13	1	2
6. PP – <i>Partido Progressista</i>	49	50	41		
7. PRB – <i>Partido Republicano Brasileiro</i>			1	1	1
8. PRTB – <i>Partido Renovador Trabalhista Brasileiro</i>					1
Koalitionsparteien insgesamt (1-15)	227	249	210	23	25
9. PSC – <i>Partido Social Cristão</i>	1	7	9		
10. PTC – <i>Partido Trabalhista Cristão</i> (Christliche Labour-Partei)		1	3		
11. PRONA – <i>Partido da Reedificação da Ordem Nacional</i> **	6	2	2		
12. PAN – <i>Partido dos Aposentados da Nação</i> (Nationale Rentnerpartei)			1		
13. PTdoB – <i>Partido Trabalhista do Brasil</i>			1		
14. PMDB – <i>Partido do Movimento Democrático Brasileiro</i>	75	79	89	22	17
15. PDT – <i>Partido Democrático Trabalhista</i> (Dem. Labour-Partei)	21	20	24	4	5
16. PV – <i>Partido Verde</i> (Grüne Partei)	5	7	13		
Ad-hoc-Koalitionsparteien insgesamt (16-18)	108	116	130	26	22
17. PSDB – <i>Partido da Social Democracia Brasileira</i>	70	57	66	15	14
18. PFL – <i>Partido da Frente Liberal</i>	84	65	65	16	19
19. PHS – <i>Partido Humanista da Solidariedade</i> **			2		
20. PMN – <i>Partido da Mobilização Nacional</i> **	1		3		
21. PPS – <i>Partido Popular Socialista</i> **	15	15	22		1
22. PSOL – <i>Partido Socialismo e Liberdade</i>		7	3	1	
Oppositionsparteien (19-22)	169	144	161	32	34
23. PST – <i>Partido Social Trabalhista</i>	3				
24. PSDC – <i>Partido Social Democrata Cristão</i>	1				
25. PSL – <i>Partido Social Liberal</i>	1				
26. PSD – <i>Partido Social Democrata</i>	4				
Parteilos		4			
Insgesamt	513	513	513	81	81

Quellen: Tribunal Superior Eleitoral (www.tre.gov.br/divulgabrasil, 1.10.2006), DIAP (www.diap.org.br, 24.10.2006) und www.senado.gov.br/comunica/eleicoes2006/fiqueprodentro_bancadas.asp, 25.10.2006 Aufbereitung: GC
 *) Vorläufige Zahlen. **) Die PPS, PHS und PMN beschlossen am 26.10.2006 die gemeinsame Gründung einer neuen Partei. Die Haltung zur neuen Regierung ist noch offen. Die PRONA und die PL beschlossen am 25.10.2006 die gemeinsame Gründung der PR (*Partido da República*).

liche Involvierung nachgewiesen werden konnte. Dafür betrafen die Skandale umso stärker seine unmittelbaren Mitarbeiter, seine Partei und seine Koalitionsparteien. Es ging dabei

- (Januar 2004) um Kommissionsgelder für die Verlängerung von Konzessionsverträgen an Spiel- und Lotteriebetriebe (G-Tech),
- (Mai 2005 bis etwa Anfang 2006) um die wiederholte Zahlung von Schmiergeldern für die Beschaffung von Regierungsmehrheiten in der Abgeordnetenkammer und um schwarze Kassen für die Erstattung von Wahlkampfkosten vor allem der Regierungsparteien PP, PTB und PL in Millionenhöhe,

- (seit Mai 2006) um die Zahlung von Provisionen an 90 Bundesabgeordnete, die mittels Haushaltseingaben Aufpreise bei der Lieferung von Krankenwagen an Gemeinderegierungen aushandelten,
- (seit dem 15.9.2006) darum, dass PT-Wahlkampfmitarbeiter versucht hatten, belastendes Material gegen den Gouverneurskandidaten von São Paulo und ehemaligen Gesundheitsminister von Fernando Henrique Cardoso, José Serra, und seinen Nachfolger im Gesundheitsministerium, Barjas Negri, zu kaufen, das deren Beteiligung an der Krankenwagen-Affäre beweisen sollte.

Im Rahmen der parlamentarischen Verfolgung dieser Verfehlungen sahen sich fünf Abgeordnete gezwungen, auf ihr Mandat zu verzichten, drei Abgeordneten wurde das Mandat entzogen und gegen 89 Abgeordnete wurde ein Mandatsentzugs-Verfahren eröffnet. Letzteres endete bislang mit elf Freisprüchen. Die übrigen Verfahren dauern noch an (Stand 20.10.2006). Lula sah sich genötigt, sukzessive Regierungsumbildungen vorzunehmen sowie mehrere Vertrauensämter in Staatsunternehmen und Regierungsbehörden umzubesetzen. Auf diese harten Reaktionen wies Lula beständig hin um zu belegen, dass er aus den zu seiner Kenntnis gelangten Korruptionsvorwürfen entschlossen auch persönlich unangenehme Folgen ziehe.

Lange Zeit blieb diese Argumentation jedoch erfolglos, wie Meinungsumfragen von Datafolha belegen (www.datafolha.folha.uol.com.br/po/aval_pres07042006.shtml): Die Zahl derjenigen, die Lulas Regierung als schlecht bis extrem schlecht beurteilten, stieg beständig seit Dezember 2003 von 15% auf 29% im Dezember 2005 an, während die Zustimmungskurve entsprechend fiel.

Das Jahr 2006 sollte jedoch eine Tendenzwende bringen. Durch eine nahezu tägliche Präsenz in den Medien – hervorgerufen durch fast pausenlos inszenierte Einweihungen öffentlicher Gebäude, Brücken, Straßen, Schulen, Universitäten usw. – gelang es Lula, die negativen Nachrichten durch eine plastisch vorgeführte positive Agenda von vorzeigbaren Leistungen abzulösen. Diese Selbstinszenierung schlug sich positiv auf die Wählergunst aus. Während im Dezember 2005 lediglich 28% der Befragten die Regierung positiv bewerteten, waren es im April 2006 immerhin 37%.

Eine neue Phase begann für Lula mit der offiziellen Erklärung seiner Kandidatur im Juni 2006 und mit dem Eintritt in den offenen Wahlkampf. Dieser intensivierte sich ab Mitte August, als den Parteien die gesetzlich zugesicherte kostenlose Sendezeit im Fernsehen und Rundfunk zur Verfügung gestellt wurde. Lulas Beliebtheitskurve stieg von 38% im Juli 2006 auf 52% Mitte August und blieb bis Mitte September 2006 auf diesem hohen Niveau. In dieser Phase hatte sich Lula darauf konzentriert, einen direkten Kontakt zur Wahlbevölkerung zu suchen und jede Konfrontation mit seinen Kontrahenten zu vermeiden. Eine Taktik, die offensichtlich aufging, bot sie ihm doch die Chance zu einer ungehinderten positiven Selbstdarstellung und zur Hervorhebung der Leistungen seiner Regierung in der Inflationsbekämpfung, in der Sozialpolitik mit

reellen Einkommenstransfers für die Armen und in der Außenpolitik mit der zunehmend geachteten Rolle Brasiliens in der Weltpolitik.

Diese positive Entwicklung in der Meinungsgunst fand am 15.9.2006 ein jähes Ende, als das „Dossiergate“ enthüllt wurde, das Lula schließlich die absolute Mehrheit im ersten Wahlgang kostete.

Eine dritte und erfolgreiche Phase des Wahlkampfes sollte sich nach dem ersten Wahltermin anschließen. Lula nahm diesmal die Herausforderung an und begab sich in vier Fernsehdebatten offensiv in die direkte Konfrontation mit seinem Hauptkontrahenten. Lula kombinierte dabei erfolgreich eine Taktik der Ironie mit der Bloßstellung der Schwachpunkte seines Gegners. Er trieb Alckmin mit der Behauptung, dieser würde das Privatisierungsprogramm Cardosos mit dem Verkauf von Petrobras, Banco do Brasil und der Post fortsetzen, gnadenlos in die Defensive. Damit waren Alckmins Versuche, mit der Wiederholung alter und neuer Korruptionsvorwürfe eine Gegenoffensive zu starten, zum Scheitern verurteilt. Der Zuspruch durch die Wähler stieg in der Folge beachtlich. In den Umfragen lag sein Vorsprung am Vorabend der Stichwahl erneut bei weit über 20%.

Und einen Trumpf hatte Lula in der Phase vor der Stichwahl immer parat: Den sicheren Zuspruch einer großen Bevölkerungsmehrheit, die von seinem Sozialprogramm „Bolsa-Família“² und von der realen Erhöhung des Mindestlohns um mehr als 25% profitiert hatte. Außerdem zeigten die Umfragen von Datafolha vor der Stichwahl einen beständigen Zuwachs der Präferenzen für Lula in allen Regionen und sozialen Schichten sowie auf jedem Bildungsniveau. Lula holte auch bei den höheren Einkommens- und Bildungsschichten erheblich auf (Fleischer 2006: 3). Dies bedeutet, dass die Wahlen nicht unbedingt das vielerorts postulierte Epithet „Klassenkampf-Wahlen“ verdient haben.

3. Lulas Programm und Brasiliens real existierende Politik

Welche Folgen ergeben sich aus den Wahlergebnissen nun für die Regierbarkeit Brasiliens unter Lula? Zunächst ist auf den relativen Machtverlust der PT hinzuweisen, die ihre Position als stärkste Partei der

² Das „Familienstipendium“ erreichte 2006 11,1 Millionen Familien oder rd. 50 Millionen Menschen mit einem Pro-Kopf-Einkommen von rd. € 60 im Monat; sie erhielten bis zu € 30,00 je Familie

Abgeordnetenversammlung einbüßte und an die PMDB abgeben musste. Dies ist jedoch nicht gleichbedeutend mit einem Rückgang des Einflusses im Kongress: Ungeachtet ihrer offensichtlichen Protagonistenrolle in der erwähnten Skandalkette gelang es der PT, ihren Anteil an den 100 einflussreichsten Kongressmitgliedern sogar noch zu erhöhen (von 22 im Juni 2006 auf 24 nach den Oktoberwahlen 2006; vgl. www.diap.org.br/agencia/anexos/cabeas2006.htm). Zusammen mit 36 weiteren einflussreichen Parlamentariern aus prinzipiell koalitionsfähigen und eventuell auch -willigen Parteien (15 PMDB-, 9 PSB-, 4 PCdoB-, 3 PTB-, 2 PL, 2 PP- und 1 PRTB-Parlamentarier) käme Lula auf eine Mehrheit von 60 unter den 100 einflussreichsten Parlamentariern.

Diese Kräfteverhältnisse sowie die Tatsache, dass sich etwa die Hälfte der Sammelbecken-Partei PMDB Lula gegenüber kooperationswillig zeigt, werden das Regierbarkeitsproblem sicher ein Stück weit entschärfen helfen. Hinzu kommt, dass sowohl Lula als auch andere wiedergewählte Regierungsmitglieder bereits während des Wahlkampfes ihre Bereitschaft zur punktuellen Kooperation mit einzelnen herausragenden Persönlichkeiten der Oppositionsparteien PSDB und PDT signalisiert haben.

Auch im Senat blieb die Verschiebung der Kräfteverhältnisse sehr begrenzt. Die Oppositionsparteien PFL, PSDB und PPS konnten ihre relative Mehrheit von 32 auf 34 Sitze ausbauen, aber auch die Koalitionsparteien gewannen zwei Sitze hinzu und kommen jetzt auf 25. Auch hier ist die Folge für die Regierung in 2007, dass die voraussichtlichen Koalitionsparteien PT, PSB, PL, PTB, PCdoB, PRB und PRTB auf die massive Mitwirkung mindestens eines Teils der PMDB und der PDT angewiesen sein werden sowie auf eine zumindest punktuelle Kooperation der Oppositionsparteien.

Die Ergebnisse der Gouverneurswahlen bei der Stichwahl korrigierten die relativ ausgeglichene Tendenz nach dem ersten Wahlgang und verschoben die Machtverhältnisse deutlich zugunsten von Lulas Regierung. In mindestens sechs von zehn Bundesstaaten wurden bei den Stichwahlen vom 29.10. Gouverneure gewählt, die entweder zur PT gehören oder bereits im Wahlkampf die Unterstützung der Bundesregierung zugesichert hatten (darunter die Gouverneure der wichtigen Süd- und Südoststaaten Paraná und Rio de Janeiro). Hieraus ist also ebenfalls ein positiver Beitrag zur Lösung des Regierbarkeitsproblems zu erwarten.

Vor dem Hintergrund der nach wie vor knappen Mehrheit im Parlament ist es verständlich, dass

Lula im Wahlkampf nur schwer neue programmatische Akzente setzen konnte. „Kontinuität im Wandel“ bedeutete für ihn wenig mehr als die Fortsetzung eines Politik-Mixes für Stabilität, Entwicklung und Sozialprogramme („Bolsa-Família“). Der bisherige Finanzminister, Guido Mantega nannte – im Gegensatz zu Lula – konkrete Wachstumsraten: Beibehaltung des Ziels eines „primären Haushaltsüberschusses“ (vor Zinszahlungen) in Höhe von 4,25% und Anvisierung eines 5%igen Wirtschaftswachstums bei real 5% Leitzinsen für das Jahr 2007³. Über konkretere Vorgaben für weitergehende Ziele schwiegen sich Lula und seine Minister aber weitgehend aus.

Es ist daher kein Wunder, dass hochrangige Vertreter der als überparteilich kritisch anerkannten Brasilianischen Bischofskonferenz CNBB die politische Inhaltsleere des Wahlkampfes bemängelten. Dieser habe sich im Wesentlichen darauf beschränkt, dass sich die Kandidaten dort voneinander abzugrenzen versuchten, wo sie sich eigentlich alle einig sein müssten – in der Pflicht zur gleich starken Anwendung der Ethik, so der Vize-Präsident der Bischofskonferenz CNBB, Antonio Celso de Queiroz. Die klare Positionierung zu wichtigen Themen wie der drängenden Agrarreform habe im Wahlkampf gefehlt. Der Glaube an die Parteien – allen voran an die PT – gehe vor diesem Hintergrund stark zurück, betonte der CNBB-Vorsitzende, Bischof Geraldo Magela; doch sei der Glaube an die Person Lulas gleichzeitig ungebrochen, denn mit ihm sei jemand an die Macht gekommen, der „das Volk repräsentiert“ (vgl. Folha Online: www1.folha.uol.com.br/brasil/ult96u85857.shtml, 26.10.2006).

Tatsächlich hat sich das brasilianische Parlament in seiner sozialen Repräsentativität von der großen Bevölkerungsmehrheit weg entwickelt: Deutlich zugenommen hat die Fraktion der Millionäre⁴ von 116 auf 165, der Freiberufler von 200 auf 265 und der Unternehmer von 100 auf 121, während die Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger von 200 auf 106 und die der Gewerkschafter von 74 auf 60 sank. Damit ist die neue Abgeordnetenversammlung – aufgrund des Berufsbildes und des Einkommensniveaus – tendenziell eher liberal als sozialdemokratisch besetzt, wie DIAP-Leiter Queiroz

³ „Mantega diz que Brasil pode ter déficit zero ‘sem choques’“, in: www1.folha.uol.com.br/brasil, 27.10.2006.

⁴ Mit „Millionären“ sind die Abgeordneten gemeint, die nach eigenen Angaben mehr als R\$ 1.000.000 (ca. € 350.000) besitzen (Folha Online, <http://www1.folha.uol.com.br/folha/brasil/22.10.2006>).

trefflich bemerkt (vgl. www.diap.org.br/default.asp?codigo=8971#8971, 20.10.2006; Folha Online).

Diese eher konservative Tendenz wird noch bestärkt durch eine nach wie vor kompakte „Agrarfraktion“ mit 102 Parlamentariern. Erheblich verkleinert hat sich hingegen die „Evangelikalen-Fraktion“ aus Parlamentariern, die sich öffentlich als evangelikal bekennen, von rd. 70 Mitgliedern auf nur noch 36 Personen. Mit 46 Parlamentarierinnen und vier Senatorinnen bleibt der Anteil der Frauen in beiden Parlamentshäusern und in den Gouverneursämtern schließlich auf einem extrem niedrigen Niveau.⁵ Aufgrund des anhaltend prekären politischen Rückhalts für Lulas Regierung im Parlament ist fest damit zu rechnen, dass die brasilianischen sozialen Bewegungen im Vergleich zur ersten Amtszeit nun erheblich mehr Druck ausüben werden, um soziale Themen wie die Agrarreform, partizipative Demokratie und die Gewerkschaftsfreiheit auf die politische Agenda zu setzen.

Die binnen- und außenwirtschaftlichen sowie die außenpolitischen Rahmenbedingungen erscheinen günstig. Die Außennachfrage nach brasilianischen Primärprodukten und – in etwas geringerem Maße – nach Manufakturprodukten auch mit hohem technologischen Gehalt hält sich auf relativ hohem Niveau. Der Investitionszustrom verstärkte sich erneut. Die außenpolitische Rolle Brasiliens wird regional und global anerkannt. Die global orientierten Initiativen von Lula auf sozialpolitischem Gebiet werden auch in Brasilien von Erfolgen begleitet. Diese sind beispielsweise bei der Reduzierung der bisherigen rekordverdächtigen Einkommensungleichheit ersichtlich. Diese Erfolge erhöhen wiederum die Glaubwürdigkeit der brasilianischen Regierung in ihrem außenpolitischen Auftritt. Außerdem hat Lulas selbstbewusste Außenpolitik in den Freihandelsverhandlungen zwischen Mercosur und EU bzw. USA ihm innenpolitisch eine wachsende Unterstützung durch die organisierte Zivilgesellschaft eingebracht.

Kurz: Das Wahlergebnis und die ökonomischen Fundamentaldaten weisen auf eine anhaltende Stabilisierung oder sogar Verstärkung der Hand-

lungsfähigkeit von Lulas Regierung hin. Der Pferdefuss steckt jedoch auf dem sozialen Gebiet. Die Korruptionsaffären standen – neben der Sicherheitslage – nicht von ungefähr im Mittelpunkt des Wahlkampfes. Schon wegen der anhaltenden juristischen Verfolgung der Skandale werden diese auch nach den Wahlen noch einige Zeit im Zentrum politischer und gesellschaftlicher Debatten stehen. Denn bald nach Bekanntwerden des „Dossiergate“ haben PSDB und PFL beim Bundeswahlgerichtshof TSE eine Klage gegen Lula wegen vermutlicher Verwicklung in den Skandal eingereicht, die zur Eröffnung eines Verfahrens führte. Dieses wird, laut TSE-Vorsitzendem Marco Aurélio Mello, nach Lulas Wahl zum Staatspräsidenten nun automatisch in ein Wahlanfechtungsverfahren umgewandelt. Sollte es zum Mandatsentzug führen, so wäre damit – wie von den Oppositionsparteien intendiert – der Weg für einen „dritten Wahlgang“ eröffnet.

In jedem Falle wird die Korruptionsthematik in den nächsten Jahren sehr eng mit der Politik und der politischen Handlungsfähigkeit verwoben bleiben. Eine der größten Herausforderungen liegt für Lula in seiner zweiten Amtszeit darin, die Korruption glaubhaft zu bekämpfen, ohne dass die oben genannten Brennpunkte substanzieller Politik verdrängt werden, wie es im Wahlkampf geschehen ist. In dieser erfolgreichen Quadratur des Kreises besteht Lulas zweite Chance.

Internetquellen

Folha Online: <http://eleicoes.folha.uol.com.br/folha/especial/2006/eleicoes>, sowie www1.folha.uol.com.br/brasil

Brasildefato: <http://www.brasildefato.com.br/v01/agencia/nacional/news>

Departamento Intersindical de Assessoria Parlamentar DIAP: www.diap.org.br

CFEMEA: www.cfemea.org.br

Fleischer, David (2006): Brazil Focus. Weekly Report. 7-20.10.2006, Brasília

Brasiliens Senat (Senado Brasileiro): www.senado.gov.br/comunica/eleicoes2006/fiqueprodentro_bancadas.asp

Brasilianischer Wahlgerichtshof (Tribunal Superior Eleitoral): www.tre.gov.br/divulgabrasil

⁵ Dies entspricht 14,8% im Senat und 8,97% im Abgeordnetenhaus; außerdem wurden im zweiten Wahlgang am 29.10.2006 zwei Gouverneurssitze von Frauen erungen (in Pará und Rio Grande do Sul) (vgl. www.cfemea.org.br, 27.10.2006, www.diap.org.br/default.asp?codigo=8912#8912, 24.10.2006 und <http://eleicoes.folha.uol.com.br/folha/especial/2006/eleicoes/apuracao2.html>, 30.10.2006).

■ Der Autor

Gilberto Calcagnotto, M.A., Lic. Phil., Soziologe, wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Iberoamerika. Publikationen zu Brasilien: Demokratisierung, soziale Bewegung, Gewerkschaften, sozio-ökonomische Entwicklung, regionale Integrationsprozesse, globale und nationale Schnittstellen in der Gesundheitspolitik. E-Mail: calcagnotto@giga-hamburg.de

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Im Rahmen der GIGA-Arbeitsgruppe *Regionale Führungsmächte im internationalen System* werden die Nuklearmächte Brasilien, China, Indien, Iran, Israel und Südafrika aus komparativer Perspektive untersucht. Das 2005 abgeschlossene, DAAD-finanzierte Forschungsprojekt PROBRAL hat sich vergleichend mit der Parlamentarischen Kontrolle in Deutschland, Argentinien und Brasilien auseinandergesetzt.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Themenschwerpunkt der Lateinamerika Analysen Nr. 13, 1/2006: Brasilien unter Lula: Tendenzen der Außen- und Wirtschaftspolitik. Koordination: Gilberto Calcagnotto, mit Beiträgen von Raúl Bernal-Meza, Wilhelm Hofmeister, Christiane Ströh und Rainer Rothfuß. Hamburg: IIK.

Calcagnotto, Gilberto (2004): Brasiliens soziale Schuld – Lulas Dilemma, Lulas Lösung, in: Brennpunkt Lateinamerika Nr. 9. Hamburg: IIK.

--- (2003). Die brasilianische Landlosenbewegung MST und die Regierung Lula: Zwischen Partnerschaft und Konfrontation, in: Brennpunkt Lateinamerika Nr. 19. Hamburg: IIK.

--- (2002): Brasiliens historische Wahlen – Mit Lula kann die Überwindung der sozialen Kluft beginnen, in: Brennpunkt Lateinamerika Nr. 21. Hamburg: IIK.

--- (2002): Innere Sicherheit in Brasilien, in: Brennpunkt Lateinamerika Nr. 11. Hamburg: IIK.

Cholet, Jérôme (2005): Korruptionsaffäre in Brasilien, in: Brennpunkt Lateinamerika Nr. 16. Hamburg: IIK.

Flemes, Daniel (2006): Urananreicherung im Hinterhof: Brasiliens Nuklearpolitik und die USA, in: GIGA Focus Lateinamerika Nr. 6. Hamburg: IIK.

---/ Cholet, Jérôme (2004): Zur Lage der Inneren Sicherheit in Brasilien, in: Brennpunkt Lateinamerika Nr. 14. Hamburg: IIK.

Fritz, Barbara (2003): Brasilien: Neue Ziele, orthodoxe Politik – Wie tragfähig ist Lulas Wirtschaftspolitik?, in: Brennpunkt Lateinamerika Nr. 13. Hamburg: IIK.

Gratius, Susanne (2003): Neue Impulse für den MERCOSUR: Der Faktor „Lula“, in: Brennpunkt Lateinamerika Nr. 4. Hamburg: IIK.

Llanos, Mariana / Mustapic, Ana María (Orgs.) (2005): Controle parlamentar na Alemanha, na Argentina e no Brasil. Rio de Janeiro: Fundação Konrad Adenauer.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der *GIGA Focus* Lateinamerika wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Sebastian Huhn; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Nina Grabe; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Iberoamerika-Kunde

IMPRESSUM